

hessischer rundfunk
hr

ISBN 3-925773-15-0

DM 9,80
ÖS 70 SFr 10.—



Hessen wird

50

Eine Illustrierte
zu Zeitgeist
und
Geschichte



In Deutschlands Mitte – Identität aus 750 Jahren?

Wilhelm von Sternburg

Auch wenn es die Apologeten des Nationalismus nicht wahrhaben wollen: Staaten und Nationen sind historisch gesehen oft politische Kunstprodukte, das Ergebnis jahrhundertelanger Machtkämpfe, gewachsen unter ungeheuren Menschenopfern. Die deutsche Nation war eine Spätgeburt, und die Zentralisierung der Macht in der Mitte Europas wurde für diesen Kontinent zur Katastrophe. Die Neuordnung, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs den Deutschen von den Siegermächten aufgezwungen wurde, befreite die berauschten Nationalisten von den Bürden einer mißbrauchten Vergangenheit, ließ sie endlich an die andere Tradition der europäischen Geschichte anknüpfen, die sie so lange geleugnet und bekämpft hatten: die sich in den großen europäisch-amerikanischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts formende Aufklärung, deren politischer Höhepunkt schließlich nach langen Kämpfen der westliche Parlamentarismus geworden war.

Deutschland war seit Jahrhunderten ein politisch-territorial zersplittertes Land. Seine Grenzziehungen blieben häufig die Folge von Zufälligkeiten, Ergebnis von Machtkämpfen und Erbteilungen, kaiserlichen, päpstlichen oder dynastischen Entscheidungen. Die Region in der Mitte, das heutige Bundesland Hessen, war da keine Ausnahme.

Kaufleute und Armeen durchzogen diese Mittelgebirgslandschaft, bescherten ihren Menschen Reichtum und verheerten ihre Städte und Gauen. Historisch nie bedeutungslos und doch keine Landschaft, die Geschichte gemacht hätte. Das Geschlecht der Nassauer stellte immerhin einen – allerdings sehr schwachen – deutschen König, und das in Europa hoch geachtete Herrscherhaus Oranien hatte seine Stammburg an der Lahn. Hier wurden Grimms, Goethe, die Brüder Grimm und Georg Büchner geboren. Die Karolinger und Staufer bauten auch an Rhein, Main und Lahn ihre mächtigen Kaiserpfalzen und Kirchen, die Reformation hatte in Mittelhessen eines ihrer geistigen und machtpolitischen Zentren, Frankfurt blieb über Jahrhunderte eine liberale, freie Stadt des aufstrebenden Bürgertums, Kassel wurde ein Hort des deutschen Absolutismus. Hessen war und ist ein Land der Mitte, was seine Politik und seine Bewohner, seine Städte und seine Traditionen tiefgreifend geprägt hat.

Durch den Aufstieg Preußens und die Bismarcksche Staatsgründung verloren die hessischen Herrscherhäuser in Kassel und Wiesbaden ihre Selbständigkeit, mit der Republik von Weimar kam der »Volksstaat Hessen«. In den Schreckensjahren des Nationalsozialismus waren die Hessen Mitläufer und Täter wie allorts in Deutschland. Die jüdischen Gemeinden, in Mittel- und Südhessen



besonders stark und traditionsreich, wurden auch hier brutal und ohne Gegenwehr der

christlichen Nachbarn vernichtet. Aber auch Hessen hatte seine wenigen mutigen Widerstandskämpfer, die ihr Leben im persönlichen Aufstand gegen den Barbarismus verloren: Wilhelm Leuschner, Adolf Reichwein und Carlo Mierendorff beispielsweise lebten und arbeiteten hier.

Am 8. Mai 1945, als das Land vom Nationalsozialismus befreit ist, liegen auch die hessischen Städte in Trümmern. Vom Osten her strömen Millionen Flüchtlinge in die ausgebombten und hungernden westlichen Besatzungszonen. In Hessen haben die Amerikaner das Sagen, Frankfurt und Wiesbaden werden die politisch-militärischen Zentren der Administratoren aus Übersee.

Mit der von General Eisenhower unterzeichneten Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung wird »Großhessen« am 19. September 1945 gegründet. Das linksrheinische Rheinhessen und die Landkreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen fallen an eine andere Länderneugründung: das französisch besetzte Rheinland-Pfalz.

Im ersten Vierteljahrhundert der Geschichte der Bundesrepublik nimmt Hessen allerdings im Gegensatz zu früheren historischen Epochen einen besonderen Platz ein. Der bewußt föderale Aufbau des demokratischen Deutschland gibt den Ländern in den Gründungsjahren der Republik die Chance, starken Einfluß auf die Entwicklung des Gesamtstaates zu nehmen. In den Ländern stehen vielfach große politische Persönlichkeiten an der Spitze, die die moralische und ökonomische Aufbauarbeit leiten. Etwa Wilhelm Kaisen in Bremen, Max Brauer in Hamburg, Ernst Reuter in Berlin, Heinrich Wilhelm Kopf in Niedersachsen oder Reinhold Maier in Württemberg. In Hessen ist es Georg August Zinn, der das Land zwei Jahrzehnte regiert und mit Nachdruck die Politik der jungen Demokratie mitbestimmt.

In diesen Jahren entwickelt sich der Süden Hessens nicht nur zum bedeutendsten wirtschaftlichen Ballungsraum des »Wirtschaftswunderlandes« Deutschland. Bald gehen von der Politik dieses Bundeslandes auch entscheidende Impulse für die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik aus. Die Hessische Verfassung tritt 1946 in Kraft. Sie war die liberalste und sozial radikalste Verfassung unter allen deutschen »Grundgesetzen«. Es wurde hart um sie gerungen, aber schließlich einigten sich Kräfte im Land, auf einen gemeinsamen Text. Sie fanden auch die Zustimmung der Besatzungsmacht, nachdem die Mehrheit der hessischen Bürger in einer Volksabstimmung für den »Sozialisie-



Editorial

4

Grußworte

8

Chronik »50 Jahre Hessen«

Wie Hessen entstand		Vom »Hessenplan« ins »Jahr 2000«.	
– Hessen 1945	14	– Hessen 1965 bis 1995	54
Von der Gründung bis ins Wirtschaftswunder			
– Hessen 1945 bis 1965	20		

Panorama Hessen

Zeugen der Jahrhunderte		Landgrafschaft Hessen-Homburg	126
– Hessens Adelsfamilien	40	Fürstentum Waldeck	128
Historische Wurzeln	48	Kreis Wetzlar	129
Freie Stadt Frankfurt	49	Großherzogtum Hessen	144
Kurfürstentum Hessen	72	Herzogtum Nassau	162

Stadt-Porträts

Frankfurt	50	Darmstadt	148
Marburg	77	Gießen	150
Hanau	78	Offenbach	152
Kassel	80	Limburg	166
Gelnhausen	81	Wiesbaden	168
Wetzlar	131		

Streiflichter

Denk mal demokratisch		Die Wiedergeburt der deutschen Presse	110
– Denkmalschutz in Hessen	86	Vom Plenarsaal zum Rundfunk	
Nachbar Thüringen	94	– Der hr	154
Vom Neckar bis an die Weser		Hessen à la carte	158
– 50 Jahre Landwirtschaft	98	Amerika in Hessen	170
50 Jahre Raumplanung in Hessen	106		

Identitäten

Bürger, Parlamente		Chatti-Hassi-Hessen. Über die Schwierigkeiten,	
– Wie sich das Land organisiert	114	sich als Hesse zu fühlen	132

Porträts

Albert-Schweitzer-Institut	18	Verwaltung Schlösser & Gärten	84
Bruderhilfe	18	Stadt Korbach	93
Landesärztekammer	36	Mercedes Benz	109
Tengelmann	46	Associated Press	113
Landesbildstelle	71	Deutsche Post AG	153
Förstina Sprudel	75	Fremdenverkehrsverein Main + Taunus	169
Hessen-Lotto	81	Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege	173
Haereus	83		
Impressum	160	Bildnachweis	178

Grußworte

Hessen wird 50 – unter diesem Motto stehen in diesem wie dem kommenden Jahr vielfältige Feierlichkeiten und Veranstaltungen, die sich mit der Gründung des Landes Hessen vor 50 Jahren befassen und den Zeitraum von der Konstituierung des Landes »Groß-Hessen« im Oktober 1945 bis zur hessischen Landtagswahl im Dezember 1946 umfassen.

Als Geburtstag des Landes gilt der 16. Oktober 1945, als die erste hessische Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Karl Geiler vereidigt wurde. Vorangegangen war die »Proklamation Nr. 2« des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Eisenhower, mit welcher das Territorium des Landes als Resultat der alliierten Zonenteilung festgelegt wurde. Mit der Zoneneinteilung und der Bildung von Ländern war die Auflösung Preußens vollzogen worden. Demokratische Strukturen mußten erst wieder geschaffen werden. Die Gründung des Landes Hessen war zwar ein Akt der amerikanischen Besatzungsmacht, sie war aber zugleich eine von der Bevölkerung aktiv mitgetragene Entscheidung.

Die neugeschaffenen Länder benötigten demokratische Verfassungen. Nach amerikanischer Vorgabe sollte eine am 30. Juni 1946 zu wählende Verfassungsberatende Landesversammlung eine Verfassung für Hessen ausarbeiten. Weitreichende Vorarbeiten dazu leistete die Vorbereitende Verfassungskommission. Am 1. Dezember 1946 fand die erste hessische Landtagswahl mit einer Volksabstimmung über die Annahme der Verfassung statt. Die Hessische Verfassung ist die älteste heute noch in Kraft befindliche Länderverfassung und setzt sich durch einen an den Grundwerten von Gleichheit und Freiheit orientierten Grundrechtsteil und durch die Forderung nach einer sozialen Einbindung des Wirtschaftslebens von anderen Länderverfassungen ab.

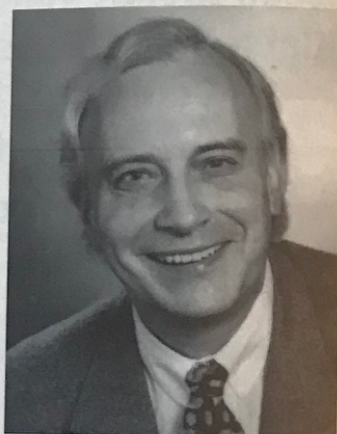
Mit der Konstituierung des ersten Hessischen Landtags am 19. Dezember 1946 wurde die wieder zum Leben erweckte Demokratie in Hessen parlamentarisch. Die hervorragende Position des Landtags innerhalb unserer demokratischen Ordnung wird nicht nur durch seine gesetzgebende Gewalt, sondern auch durch die besondere Funktion, die Landesregierung zu wählen und zu kontrollieren, deutlich. Der Landtag, als Forum der politischen Meinungsvielfalt und Ort der Kompromißfindung, spiegelt die unterschiedlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger wider und macht politische Entscheidungen transparent.

»... die Länder zu Pfeilern machen...« – diese Worte Karl Geilers nach dem Zusammentritt des ersten Hessischen Landtags haben ihre Bedeutung nicht verloren. Die Länder sind die Fundamente der deutschen föderativen Ordnung. Vor dem Hintergrund einer feierlichen Rückbesinnung auf die Gründung des Landes Hessen vor 50 Jahren muß diese besondere Stellung der Landtage unterstrichen und zugleich einer zunehmenden Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes begegnet werden. Die Landtage müssen erfolgreich dafür kämpfen, die ihnen verfassungsrechtlich zugesicherten Kompetenzen zu erhalten, um auch künftig einen maßgeblichen Einfluß auf Landes- wie auf Bundesebene bis in die Europäische Union hinein ausüben zu können.

Hessen ist während der vergangenen 50 Jahre zu einem wirtschaftlich starken Land geworden, das in der Reihe der deutschen Länder eine wichtige Stellung einnimmt. Es wurde viel erreicht, und es hat sich gezeigt, daß das System der parlamentarischen Demokratie die besten Bedingungen für eine gedeihliche Entwicklung schafft und bewahrt. Über das Erreichte können wir uns freuen. 50 Jahre Hessen, 50 Jahre parlamentarische Demokratie in Hessen sind ein hervorragender Anlaß zum Feiern und bilden die Grundlage für die Fortsetzung der positiven Entwicklung des Landes.

Klaus Peter Möller

Präsident
des Hessischen Landtages



Sollte ich den zurückliegenden 50 Jahren für Hessen ein Motto geben, so wählte ich: »Aus der Not eine Tugend machen.« Es war die Not der amerikanischen Militärregierung, nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands wieder eine Zivilverwaltung aufzubauen. Und damit standen am Anfang sehr pragmatische Überlegungen, welche räumliche Gliederung eine Verwaltung haben sollte, die über die Landkreise hinaus Aufgaben wahrnehmen sollte und mußte. So »verdanken« wir die Zusammenlegung der Gebiete des ehemaligen Volksstaates Hessen, von Kurhessen und Teilen Nassaus zu einer neuen politischen Einheit der Tatsache, daß die Rheinbrücken zerstört waren und die rechtsrheinischen Gebiete im nördlichen Teil der amerikanischen Besatzungszone ein sinnvolles Ganzes zu sein schienen.

Die Männer und Frauen, die 1945 ans Werk gingen, Verwaltungsstrukturen einzurichten, damit die zerstörte Infrastruktur wiederaufgebaut, die Wohnungsnot gelindert, Schulen und Universitäten wieder ihren Betrieb aufnehmen und auch wieder rechtsstaatliche Verfahren Platz greifen konnten, haben diese Aufgabe für die Menschen damals und letztlich auch für uns heute in bewundernswerter Weise angegangen und gelöst. Rückblickend kann man sagen, aus der vorhandenen landsmannschaftlichen Gemengelage zwischen Karlshafen und Neckarsteinach und den, wie wir heute feststellen können vorbildlich – aber aus damaliger Sicht mit erheblichen Problemen –, integrierten Vertriebenen hat sich eine Bevölkerung des Bundeslandes Hessen herausgebildet, die sehr selbstbewußt ihre Chancen in der Mitte Deutschlands genutzt hat. Vielleicht waren es gerade die schier unüberwindlichen Probleme der frühen Nachkriegsjahre, die es verhindert haben, sich darüber die Köpfe heiß zu reden, ob das so Zusammengefügte nun einem wie auch immer gearteten Ideal entsprach oder nicht. 1945 wurden durch die Alliierten einige Gemeinden Hessens mit thüringischen Gemeinden getauscht. Dies geschah, um eine Bahnlinie, über die die Versorgung der amerikanischen Truppen von Bremerhaven in die amerikanische Zone durchgeführt wurde, voll unter amerikanische Kontrolle zu bekommen. Die Gemeinden gehören seitdem zu Thüringen und verschwanden bis 1989 hinter dem Eisernen Vorhang. Vielleicht macht diese Episode der frühen Nachkriegszeit uns Hessen noch einmal bewußt, welches Geschenk und welche Chance es war, nach 1945 eine freiheitlich demokratische Grundordnung wieder aufbauen zu können und eine soziale Marktwirtschaft entwickeln zu dürfen. Die Hessen haben auf ihre praktische Art diese Chancen in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren auch genutzt, Hessen lag im Vergleich der Bundesländer immer an führender Stelle. Die günstige Lage in der Mitte Deutschlands, die Verkehrsdrehscheibe des Rhein-Main-Gebiets, und die Wirtschaftskraft des Raumes wurde entwickelt. Die soliden Träger waren Chemieindustrie, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau. Gerade durch Neuansiedlungen infolge von Flucht und Vertreibung kamen Druckgewerbe und Verlage hinzu.

Die ursprüngliche Prägung des ländlichen Raums durch landwirtschaftliche Familienbetriebe und das Handwerk wurde durch gezielte Industrieansiedlungen und den Bau notwendiger Verkehrsverbindungen besonders in Nordhessen zu einer gemischten industriell-gewerblichen Struktur positiv verändert.

Frankfurt entwickelte sich zur deutschen Metropole der Banken und Dienstleistungen von internationalem Rang.

Libérale Politiker haben die Entwicklung des Landes Hessen von Anfang an mitgestaltet. Insgesamt 16 Jahre hat die F.D.P. in Koalitionsregierungen Hessen mitregiert. Ihre Minister standen für eine moderne Bildungs- und Wissenschaftspolitik, für liberale Innen- und Rechtspolitik und eine Wirtschaftspolitik, die die Öffnung des Landes zu internationalen Märkten frühzeitig förderte.

Mir scheint, daß der politische Pragmatismus, der so spezifisch hessisch ist, in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Die Dynamik eines Landes, die Bereitschaft, neue Entwicklungen in Forschung und Technologie aufzunehmen, aber auch die kritische Bereitschaft, überkommene Strukturen in Frage zu stellen, droht verloren zu gehen. Hessen läßt sich nicht durch Parteitagebschlüsse definieren. Vor 50 Jahren galt es, das Notwendigste zu tun. Heute erliegt Politik oftmals der Versuchung, alles zu regeln, auch wenn es nicht der staatlichen Regulierung bedarf. Wir müssen kritisch feststellen, daß der Staat in Form seiner Bürokratie nicht mehr Entwicklung fördert, sondern oftmals hemmt, und die Funktion, dem Bürger zu dienen, droht verloren zu gehen. Schaut man in die Zukunft unseres Bundeslandes, so wird es nicht so sehr die Frage



sein, ob durch die zunehmende europäische Integration die Bundesländer überflüssig werden. Die Entscheidung, ob die Bürger ihr Bundesland noch wollen, wird davon abhängen, ob der Staat in der Lage ist, dem Bürger mehr zu geben als er ihm nimmt. Das Erfolgsmodell der fünfzigjährigen Nachkriegsgeschichte Hessens und der Bundesrepublik Deutschland ist mit dadurch geprägt worden, daß sie, als föderales System konstruiert, das Prinzip des Ausgleichs der

Interessen im Mittelpunkt hatte. Extreme politische Schwankungen sind Deutschland erspart geblieben. Die F.D.P. wünscht sich ein starkes und selbstbewußtes Hessen im Konzert der Bundesländer. Damit wir diese Rolle wahrnehmen können, müssen wir uns aber auch nach innen reformfähig zeigen und den Mut zu einer umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform aufbringen, damit Schwung und Pragmatismus, die Tugenden dieses Landes und ihrer weltoffenen Bürger, sich auch in den nächsten 50 Jahren und darüber hinaus entfalten können.

Ruth Wagner

Fraktionsvorsitzende F.D.P.
Mitglied des Hessischen Landtages

Mit der berühmten Proklamation Nr. 2 rief am 19. September 1945 der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower, das Land »Groß-Hessen« ins Leben. So entstand vor 50 Jahren ein neues Bundesland in der Mitte – im geographischen wie im übertragenen Sinne.

Auch wenn es heute Mode ist, ein wenig auf die Politik herabzuschauen, so zeigt der Blick auf die Geschichte, daß es eine große Leistung der Frauen und Männer war, die sich in den Parteien engagiert haben und somit dazu beigetragen haben, Hessen zu dem erfolgreichen Bundesland zu machen, das es heute ist. Die CDU Hessen hat daran ihren Anteil, der im Laufe der Zeit immer weiter angewachsen ist und auf den sie stolz ist. Am Anfang der Geschichte des Landes, das keine direkten territorialen Vorläufer hatte, stand die Erarbeitung der neuen hessischen Verfassung. Sie wurde nur durch den Kompromiß von CDU und SPD möglich und durch die Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 angenommen. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung in Hessen durch Walter Wallmann im Jahre 1987 wurde in Hessen zum ersten Mal eine bürgerlich-liberale Regierung ins Amt gerufen.

Über alle wichtigen historischen Daten unseres Landes ragt die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes hinaus, die viele schon beschrieben hatten. Aber für die hessische CDU ging damit ein Traum in Erfüllung, an dessen Realisierung sie immer gearbeitet hatte, und von der sie sich nicht durch den Zeitgeist abbringen ließ, wie heftig die Bewegung auch immer waren. Es war deshalb auch folgerichtig, daß der damalige Ministerpräsident Walter Wallmann unmittelbar nach der Grenzöffnung reagierte und innerhalb weniger Wochen mit einem Hilfsprogramm von 250 Millionen Mark mehr Unterstützung mobilisierte als alle anderen Bundesländer. Und dies zu einem Zeitpunkt, als noch niemand die weitere Entwicklung zur schnellen Wiederherstellung der deutschen Einheit erahnen konnte. Innerhalb kürzester Zeit wurden Verbindungen zu unserem Nachbarn Thüringen wieder geknüpft, die über 40 Jahre durch Mauer und Stacheldraht zerschnitten waren. Aber die materielle Hilfe und die organisatorische Unterstützung beim



Aufbau unseres Nachbarlandes war nicht einseitig. Über Nacht gab es keine »Zonenrandgebiete« mehr, die nord- und ost-hessischen Städte und Gemeinden waren innerhalb kürzester Zeit aus einer Randlage des Westens wieder ins Zentrum des wiedervereinigten Deutschlands gerückt.

Hessen liegt heute wieder in der Mitte Deutschlands. Das gibt uns viele Chancen, ökonomisch wie kulturell. Es liegt an den politischen Weichenstellungen, in wieweit es uns gelingt, diese Chancen in Fortschritt, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit umzusetzen. Die CDU Hessen ist stolz auf das, was sie zum Erfolg unseres Bundeslandes beigetragen hat. Und ich denke, daß das 50. Jubiläum des Landes Hessen die Gelegenheit bietet, auch einmal die Leistungen der Parteien zum Erfolg unseres Landes herauszustellen, denn dies ist eine Basis, von der aus der erfolgreiche Weg auch in Zukunft weiter gegangen werden kann.

Roland Koch
Fraktionsvorsitzender CDU
Mitglied des hessischen Landtags

In der Geschichte unseres Bundeslandes spiegeln sich alle wichtigen Stationen und Umbrüche der Nachkriegsgeschichte, des demokratischen Neuanfangs einer modernen parlamentarischen Demokratie. Hessen als neues Bundesland knüpfte in seiner nun fünfzigjährigen Geschichte an die Tradition der Paulskirche ebenso an, wie es Experimentierfeld für neue demokratische Entwicklungen war und ist. In den ersten Jahrzehnten verband sich der Name Hessens mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Aufstieg. Das Land profitierte dabei von seiner Mittellage und einer weltoffenen Bevölkerung. Die Integration von



Flüchtlingen und Vertriebenen in das neue Bundesland kann heute im Rückblick nicht hoch genug bewertet werden. Für die Zuwanderung aus dem Ausland, die ebenfalls in den fünfziger Jahren einsetzte, kann dies noch nicht gelten. Eine konservative und reaktionäre Politik auf Bundesebene blockiert die staatsbürgerliche Gleichberechtigung – die Voraussetzung jeder Integration ist – der teilweise jahrzehntelang in Hessen lebenden oder hier geborenen Mitbürgerinnen und

Mitbürger ohne deutschen Paß. Die Toleranz der hessischen Bevölkerung, das lebendige demokratische Leben ermöglicht deutschen und nicht-deutschen Bürgerinnen und Bürgern eine friedliche Nachbarschaft. Rassistische Gewalttaten sind in Hessen glücklicherweise die Ausnahme geblieben.

In den siebziger Jahren war Hessen und insbesondere Frankfurt ein Zentrum der Schüler- und Studentenbewegung. Die 68er, von denen sich heute viele bei den Grünen finden, nahmen den demokratischen Anspruch der Gesellschaft beim Wort und forderten ein Ende der Kriegsverbrechen in Vietnam ebenso wie sie gegen die Notstandsgesetze kämpften. Heute sind die großen Worte ebenso verfliegen wie der Muff der fünfziger Jahre, geblieben ist jedoch ein bis heute wirkender demokratischer und kultureller Impuls, allen Bürgerinnen und Bürgern eine möglichst weitgehende demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die gleichzeitig entstandene »neue« Frauenbewegung ist ein weiteres Ergebnis dieser bewegten Zeit. War die Diskriminierung der Frau bei der Arbeit, in der Ausbildung, in der Öffentlichkeit noch zu Beginn der sechziger Jahre stiller kultureller common sense, so hat die Frauenbewegung bis heute die gesellschaftliche Stellung der Frau gestärkt. Von der Förderung der Frauenhäuser bis hin zum hessischen Gleichstellungsgesetz hat sich dies auch in der Landespolitik niedergeschlagen. Es sind sicher nicht alle Formen tatsächlicher Benachteiligung behoben, Frauen sind weiterhin Opfer männlicher Gewalt, haben Doppelbelastungen von Familien- und Berufsarbeit zu tragen und werden auch weiterhin am beruflichen Aufstieg gehindert; aber die Chancen der Frauen auf eine gute Ausbildung und entsprechende berufliche Positionen sind heute besser denn je.

In den siebziger und beginnenden achtziger Jahren wurde auch in Hessen der Fortschrittsmythos erschüttert. Träumten in den Jahr-

zehnten nach dem Krieg Politik und Öffentlichkeit noch vom Energie-Perpetuum-Mobile aus dem Atom und wurde nicht zufällig in Hessen das damals weltweit größte Atomkraftwerk in Biblis gebaut, zerplatzten diese Träume 20 Jahre später an unkalkulierbaren Risiken menschlichen und technischen Versagens, einer erschreckenden Pannenserie auch der hessischen Atommeiler, einer wachsenden Lawine bombenfähigen Materials und radioaktiv belasteten Abfalls, der über Jahrtausende sicher gelagert werden muß.

Der geplante Bau der Startbahn West brachte endgültig eine neue politische Kraft auf die Bühne: Wir Grünen zogen in der Folge der dramatischen Auseinandersetzungen um das Großprojekt in den hessischen Landtag ein. Zunächst belächelt als chaotische Ein-Punkt-Partei, zeigte sich bald, daß wir uns nicht zufällig als wachsende politische Kraft etablieren konnten. Wir stehen für einen gesellschaftlichen Umbruch, in dem postmaterialistische Werte ein größeres Gewicht bekommen, in der die Frage nach dem besseren Leben neu und radikaler gestellt wird. Die achtziger Jahre und das beginnende letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts stehen daher auch im Zeichen einer neuen sozial-ökologischen Politik. Drei Merkmale kennzeichnen diesen politischen Umbruch: die Anerkennung des Vorrangs und der Verantwortung in der Politik für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Vorrang für bürgerrechtliche und gesellschaftliche Lösungen etwa in der Bildungs- und Sozialpolitik gegenüber staatlicher Bevormundung sowie die Anerkennung und Durchsetzung demokratischer Rechte und Teilhabe auch für Minderheiten und Benachteiligte. All diese Ziele sind noch lange nicht erreicht und erfordern nicht nur die Mühen kleinschrittiger Umsetzung. Die sozial-ökologische Melodie der Flötentöne aus Hessen muß auch vom Orchester in Bonn gespielt werden, wenn die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Reformen – vom Atomausstieg bis zur Verkehrswende – wirkungsvoll sein sollen.

Wie kein anderes Bundesland lebt Hessen auch vom Zusammenwachsen der europäischen Nationen und dem Bedeutungsverlust der Grenzen. Die demokratische Teilhabe der Bevölkerung muß nun dringend gestärkt und die Rolle der Bundesländer neu definiert werden. Der in Deutschland – bei aller Kritik an der Beschränkung der Rechte der Länder – erfolgreiche Föderalismus kann ein Modell für ein demokratisches Europa sein. Dieses Europa wird auch heute noch von irrationalem nationalen Vormachtstreben und brutalen Menschenrechtsverletzungen erschüttert, dem die Europäische Union mit einer klaren Menschenrechtspolitik, der Sicherung der Rechte von Minderheiten und einer aktiven Einwanderungspolitik begegnen muß.

Hessen war in den politischen Debatten um die Gestaltung der Zukunft in Deutschland immer tonangebend: sei es die Auseinandersetzung mit den Ursachen und geistigen Grundlagen der Nazi-diktatur, sei es die radikale politische und kulturelle Demokratisierung im Rahmen der Studentenbewegung, bis hin zu heute aktuellen und brisanten Fragen der politischen Gleichberechtigung der eingewanderten Bevölkerung, einer humanen Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie einer umweltschonenden Verkehrs- und Energiepolitik. Bündnis 90/DIE GRÜNEN will dabei helfen, daß Hessen auch mit 100 Jahren noch ein so tolerantes und kulturell auf- und anregendes Land ist wie heute.

Friedrich Hertl

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
Mitglied des Hessischen Landtages

Das hessische Landesjubiläum ist ein Symbol für den Aufbau einer Demokratie. Wirtschaftliche Kraft, kulturelles Bewußtsein und politische Freiheit haben mitten in Deutschland und mitten in Europa einen leistungsfähigen Bundesstaat entstehen lassen. Der Rückblick auf 50 Jahre Hessen macht auch geschichtliche Eigenarten und Unterschiede



deutlich. Unter den Fürstentümern und Grafschaften, die im Raum des heutigen Landes Hessen in den vergangenen Epochen bestanden, nahm die freie Reichsstadt Frankfurt als eine Republik von Anfang an eine besondere Stellung ein. Nach Gebietsgröße und Bevölkerungszahl war die Stadt den benachbarten Fürstentümern unterlegen. Aber sie war wie diese direkt dem Kaiser des Heiligen Römischen Reiches unterstellt und ihnen insofern gleichrangig. Als Wahl und Krönungsstadt der deutschen Könige wie auch als Messestadt war Frankfurt seit dem Mittelalter ein Zentrum von europäischer Ausstrahlung. Nur deshalb konnte es ihr gelingen, sich im Wettbewerb mit den umliegenden Territorien auf Dauer zu behaupten.

Auf dem Boden dieser glanzvollen reichsstädtischen Vergangenheit gedieh eine Kultur selbstbewußter Bürgerlichkeit, ein bis heute blühendes Stiftungswesen und eine religiöse Toleranz, die über Jahrhunderte hinweg das friedliche Zusammenleben von Lutheranern und Katholiken, Reformierten und Juden ermöglichte. Mit dieser Tradition und mit der Paulskirche als Ort des ersten frei gewählten deutschen Parlaments hat Frankfurt bei der Bildung des Landes Hessen einen Beitrag erbracht, der auch in der Gegenwart Bestand und Gewicht zu behalten vermag.

Petra Roth

Oberbürgermeisterin
der Stadt Frankfurt am Main